

Kritik als Haltung unter universitären Bedingungen

Gundula Ludwig

1. Ausschlüsse, Disziplinierung, wissenschaftliche Wahrheiten und die Freiheit von Lehre und Forschung

Die Frage, ob auf Universitäten als Orte kritischer Wissensproduktion noch zu hoffen sei, wird angesichts des voranschreitenden Bologna-Prozesses, der strukturellen finanziellen Unterausstattung der Universitäten, der wachsenden Normalisierung prekärer Arbeitsverhältnisse von WissenschaftlerInnen und der zunehmenden Ausrichtung von Forschung und Lehre auf »Effizienz« und »Exzellenz« vielerorts gestellt (vgl. u. a. kulturrisse 2008 und 2009, Kurswechsel 4/2005). Der nachfolgende Text versucht einige Antworten auf diese Frage zur Diskussion zu stellen und verfolgt dabei, soviel sei schon vorweggenommen, das Anliegen, Zukunftsperspektiven vorzuschlagen, um die Universität als Möglichkeitsraum für kritische und widerständige Praxen nicht aufgeben zu müssen.

Um das gegenwärtige Potential von Universitäten als Ort kritischen Denkens und kritischer Praxen besser einschätzen zu können, lohnt eine historisierende Perspektive: Ein Blick in die Geschichte der Universitäten zeigt, dass diese noch nie herrschafts- oder machtfreie Orte der Produktion und Vermittlung von Wissen waren. Vielmehr wurden und werden Macht- und Herrschaftsverhältnisse an der und durch die Universität erstens durch Beschränkungen im Zugang zum Studium und zur universitären Wissensproduktion erreicht. Wenngleich zwar heute explizite Ausschlussmechanismen aufgehoben sind – was bei dem Ausschluss von Frauen ja immerhin einige Jahrhunderte lang dauerte – ist die Option, ein Studium zu beginnen, auch heute nicht für alle Menschen gleich. Auch die Universität des 21. Jahrhunderts basiert auf einem selektiven Zugang, da Klassen-, Geschlechter- und ethnisierte Verhältnisse immer noch Einfluss auf die Zugangsmöglichkeiten zu einem Studium und die Studienwahl haben. Zweitens sind gerade Universitäten jene Institutionen, an denen Wissen erarbeitet wurde und wird, mittels welchem Macht- und Herrschaftsverhältnisse qua Wissenschaftlichkeit ermöglicht, legitimiert und naturalisiert werden können. Makroökonomische Erklärungen der gegenwärtigen Krise, politikwissenschaftliche Theorien zum Staat als Ausdruck des Allgemeinwohls, biologische Erkenntnisse zu natürlichen Geschlechtsunterschieden ebenso wie soziologische Ergebnisse zur »Integrationsproblematik« – sie alle können qua Wissenschaftlichkeit als universelle und objektive Wahrheiten gelten. Der Einsatz der Kritischen Theorie ebenso wie marxistischer, feministischer, queerer und postkolonialer Theorien bestand nicht zuletzt darin, hegemoniale wissenschaftlich legitimierte Wahrheitsregime in ihrer Partikularität sichtbar zu machen (Collins 1990, Harding/Hintikka 1983, Horkheimer 1968, Kraß 2003, Marx 1990, Singer 2004, Spivak 1988, Yekani/Michaelis 2005). Schließlich waren und sind Universitäten als staatliche Institutionen immer auch Orte der Disziplinierung (Foucault 1976, s. a. Holland-Cunz 2005). Über Studienordnungen sind Abschlüsse und Qualifikationen geregelt und

ebenso reguliert, wenngleich nicht durch gesetzliche Regelungen oder Ordnungen, sondern durch subtile Mikropraxen, sind Verhaltensweisen und »Normalitäten« im hierarchischen Umgang der an der Universität tätigen Subjekte.

Soweit die eine Seite der Geschichte der Universität, die diese untrennbar mit Macht- und Herrschaftsverhältnissen verwebt. Dies soll jedoch nicht zu Resignation verleiten, vielmehr möchte ich damit gleichsam als Ausgangspunkt der nachfolgenden Überlegungen verdeutlichen, dass sich die rezenten Herausforderungen, mit denen kritische Wissenschaftler_innen und Studierende sich konfrontiert sehen, in eine Genealogie der Universität als ambivalenten Ort einbetten lassen. Die zweite Seite der Ambivalenz bezieht sich darauf, dass neben den eben skizzierten Elementen Universität zugleich auch das Versprechen beinhaltet, Räume zu eröffnen, in denen Kritik und Freiheit zumindest des Denkens gefördert werden sollen. Diese Möglichkeitsräume wurden historisch immer wieder angeeignet, sodass die Universität auch zu einem Ort wurde, an dem Kritik an herrschenden »Wahrheitsregimen« artikuliert wurde und widerständige Praxen ihren Ausgang fanden, wie dies wohl am allerdeutlichsten die Studierendenbewegungen Ende der 1960er Jahre zum Ausdruck brachten. Gerade weil die Universität auf dem Paradigma der Freiheit von Lehre und Forschung aufbaut, kann – und wurde – dieses immer wieder auch angeeignet, um herrschende Weltauffassungen zu kritisieren, zurückzuweisen und »veruneindeutigen« (Engel 2002), so wie dies zuletzt die Besetzungen und Streiks der Studierenden 2009 in Österreich ebenso wie international zeigten. Hier wurden Freiräume für Diskussionen erobert, andere Formen des Lehrens und Lernens umgesetzt und zumindest versucht, die universitären Kämpfe mit anderen sozialen Kämpfen zu verbinden (Heißenberger et al. 2010)¹.

Wenngleich also dieses Spannungsverhältnis zwischen der Produktion und Vermittlung von Herrschaftswissen und -praktiken einerseits und der Aneignung der Möglichkeitsräume für kritische Forschung, Lehre und widerständige Praktiken andererseits als Grundparadoxon der Universitäten bezeichnet werden kann, droht der seit den 1990er Jahren sich sukzessive durchsetzende Wandel das Spannungsverhältnis zunehmend nach der ersten Seite hin aufzulösen. Im Folgenden möchte ich knapp drei Veränderungen in der österreichischen Hochschullandschaft skizzieren, die neben der finanziellen Unterausstattung insbesondere in den Geistes- und Sozialwissenschaften kritisches Lehren, Forschen und Studieren zunehmend erschweren.

2. Willkommen im Neoliberalismus: Ökonomisierung und Entdemokratisierung der Universitäten

Kurz zusammengefasst können die bildungs- und wissenschaftspolitischen Veränderungen, die seit den 1990er Jahren durchgesetzt werden, als Neoliberalisierung der Universitäten beschrieben werden. Damit bezeichne ich im Anschluss an Michel Foucaults Analysen neoliberaler Regierungsrationalität die Hegemonialwerdung einer Gouvernamentalität, die den Markt zum Organisationsprinzip für die Gesamtheit der gesellschaftlichen Beziehungen erhebt (Foucault 2004, vgl. dazu auch Bröckling/Krasmann/Lemke 2000). Auf die Universitäten übertragen bedeutet diese Ökonomisierung, dass auch hier betriebswirtschaftliche Maxime zur handlungsleitenden Logik erhoben werden, wodurch die Besonderheit von Wissensproduktion und Wissensvermittlung schlichtweg ignoriert wird. Die Universität soll nun als Un-

ternehmen geführt werden, Wissenschaftler_innen sollen sich als unternehmerische akademische Subjekte begreifen. Gemäß dieser Prinzipien sollen Universitäten nun effizient gestaltet werden, wobei der unüberhörbare Ruf nach »Effizienz« zumeist das Einwerben von Drittmittelprojekten mit prestige-trächtigen Fördersummen meint – weshalb Barbara Holland-Cunz auch von der »Gleichsetzung von Drittmittelwerbung mit Forschung« (Holland-Cunz 2005, 12) schreibt. Eine Konsequenz dieser Ausrichtung auf ökonomische Effizienz ist, dass die Universitäten immer mehr zu »Forschungsuniversitäten« umgebaut werden und die Lehre zunehmend als Belastung der Universitätslehrenden gilt.

Zweitens hat sich mit der Hegemonialwerdung ökonomischer Logiken die Universität als Arbeitsplatz sowohl für Mitarbeiter_innen als auch für Studierende verändert. Nicht nur sind für Mitarbeiter_innen insbesondere im Bereich der Prä-Doc-, Post-Doc- und Lehrbeauftragten-Stellen prekäre Arbeitsverhältnisse mittlerweile die Normalität geworden – daran hat auch der in den Medien nicht zuletzt von Rektoren und Betriebsräten breit affirmierte Kollektivvertrag, der 2009 an den österreichischen Universitäten eingeführt wurde, nichts geändert. Befristete Verträge und die finanzielle Unterausstattung insbesondere vieler geistes- und sozialwissenschaftlicher Institute machen Mobilität und Flexibilität zur alltäglichen Lebenspraxis vieler Nachwuchswissenschaftler_innen (vgl. dazu u. a. Holland-Cunz 2005 und Koschorke 2004). Darüber hinaus sorgen die Anrufungen, im akademischen Wettbewerb der höchsten *Quantität* von Veröffentlichungen möglichst in internationalen peer-review-Journals mitzuspielen, denn die Teilnahme daran könnte möglicherweise irgendwann einmal zum Aus- und Aufstieg aus dem wissenschaftlichen Dasein als »NachwuchswissenschaftlerIn« führen, dazu, dass die Marktförmigkeit wissenschaftlicher Arbeiten zum Hauptentscheidungskriterium für das Vorankommen in diesem Spiel wird. Aber die Bewegungen auf dem Markt der wissenschaftlichen Publikationsorgane werden ebenso wenig durch ein neutral anmutendes Spiel von Angebot und Nachfrage geregelt, wie der als Vorbild dienende »richtige« kapitalistische Markt; auch hier gestaltet sich der Eintritt für manche wissenschaftlichen Ansätze und Akteur_innen leichter als für andere. Selbst der Arbeitsalltag derjenigen, die das akademische Adoleszenzalter des_der Professor_in doch irgendwann einmal erreichen, ist vom Ruf nach Effizienz- und Outputsteigerung stark strukturiert, da – das ist ja eine der zentralen Dynamiken neoliberaler Gouvernamentalität – die Anrufung, immer noch mehr und noch schneller, also »effizient« und »effektiv«, Wissen zu produzieren und zu vermarkten, tendenziell unbegrenzt ist und eben auch nicht mit einer Professur aufhört. Instrumente wie institutsinterne Rankings des_der »besten Professor_in«, wie sie derzeit an manchen deutschen Universitäten auch in den Geistes- und Sozialwissenschaften bereits eingeführt sind, sind Ausdruck dieser Dynamik.

Auch als Arbeitsplatz für Studierende stellt sich die Universität zunehmend neu dar; auch diese werden vermehrt als »unternehmerische Subjekte« angerufen. Anstatt sich beispielsweise in Lesekreisen eingehend und kollektiv mit Fragen auseinanderzusetzen und sich in den Antworten zu verirren, sollen Studierende ihr Studium effizient gestalten und ihre Schwerpunkte auf »employability« prüfen. Die Umstellung auf Bachelor- und Master- Studiengänge mit den sie begleitenden stets drohenden Zugangsbeschränkungen birgt darüber hinaus die Gefahr, sich in verstärktem Konkurrenzverhalten niederzuschlagen.

Drittens zeichnet sich der Umbau der Universitäten parallel zur Ökonomisierung durch Prozesse der Entdemokratisierung aus: Institutionalisierte Mitbestimmungsmöglichkeiten wurden so umgebaut, dass Mitarbeiter_innen weniger, die Rektoren und der Universitätsrat mehr entscheiden können (vgl. dazu auch Holland-Cunz 2005). Dies hat zur Konsequenz, dass »Reformen« und Beschlüsse oftmals intransparent beschlossen und top-down durchgesetzt werden. Diese Entdemokratisierung ist – und darin sehe ich eine der Hauptschwierigkeiten für kritische Forschung und Lehre – auch auf der Subjektebene als sich immer weiter verbreitende Haltung angekommen. Das unternehmerische Subjekt hält es leider nicht so mit demokratischer Partizipation. Die Idee, dass Lehrveranstaltungen auch Räume sind, die angeeignet werden können, oder dass Mitbestimmung auch an Universitäten möglich sein könnte, mutet unter diesen Umständen schon fast anachronistisch an und ist schwer zu vermitteln.

Soweit also die Problemlage, in der sich kritische Wissenschaftler_innen und Studierende aktuell wiederfinden. Dennoch möchte ich die Ambivalenz von Universitäten nicht nach einer Seite hin auflösen und den Schluss ziehen, auf die Universitäten als Ort kritischer Wissensproduktion und -vermittlung sei gegenwärtig besser zu verzichten. Hierfür gibt es den bescheidenen Grund, dass es schlichtweg nicht viele andere Orte dafür gibt. Trotz der eben skizzierten Veränderungen beinhaltet die Universität auch immer noch den Anspruch, Forschung und Lehre nach den Prinzipien der »Freiheit« zu gestalten, wie dies in anderen Arbeits- und Ausbildungsorten weniger angelegt ist. Dies gilt es weiterhin für kritische Wissenschaft anzueignen. George Caffentzis und Silvia Federici, Mitbegründer_innen des edu-factory Kollektivs, heben darüber hinaus hervor, dass die Universität gerade heute »ein entscheidender Ort [ist], an dem breitere soziale Kämpfe gewonnen oder verloren werden« (Caffentzis/Federici 2009, 10), da sie »ein wesentlicher Ort des Konflikts um den Besitz von Wissen, die Reproduktion der Arbeitskraft und die Herstellung sozialer und kultureller Stratifizierung« und damit »nicht einfach eine weitere Institution, die der staatlichen und gouvernementalen Kontrolle unterworfen ist« (ebd.). Schließlich teile ich mit Gerald Raunig die Einschätzung, dass die Einmischung in den »Kampf um die Universitäten« sich lohnt, da »(i)n einer Situation der Prekarisierung, vor allem der Diffundierung, der extremen Zerstreuung der Kultur- und Wissensarbeiter_innen, [...] Schulen und Universitäten vielleicht die letzten Orte der Konzentration [sind]« (Raunig 2009, 9). Einige Anregungen, die es in der Gegenwart zu realisieren gilt, damit Universitäten als Orte kritischer Wissensproduktion, -vermittlung und -praxen eine Zukunftsperspektive haben, möchte ich im Folgenden darlegen.

3. Zukunftsperspektiven für eine kritische Universität

Als dringlichste bereits in der Gegenwart zu realisierende Zukunftsperspektive erachte ich die Initiierung von Prozessen der Re-oder Neu-Demokratisierung der Universität. Dafür ist es in einem ersten Schritt erforderlich, die demokratie-ferne Haltung der an den Universitäten Tätigen aufzubrechen und Auseinandersetzungen und Kämpfe für mehr Partizipation unnachgiebig voranzutreiben. Eine kritische Universität braucht Demokratie als Erfahrung, als Teil des universitären Alltags, als Praxis, die erlebbar macht, dass Menschen zwar nicht aus freien Stücken, aber immerhin bis zu einem gewissen Grad über die Ausgestaltung der Bedingungen, unter denen sie

arbeiten, studieren und leben, mitentscheiden können. Universität als Ort, an dem Demokratie als Praxis versucht wird, würde beispielsweise in der Lehre bedeuten, dass Lehr- und Lernformen derart gestaltet sein müssten, dass tatsächliche Auseinandersetzungen mit den jeweiligen Gegenständen ermöglicht und nicht verhindert werden: Also keine Seminare mehr zu Demokratie, die selbst undemokratisch ablaufen, keine Vorlesung mehr über Macht, in der nicht über die vergeschlechtlichten und ethnisierten Machtbeziehungen innerhalb der Vorlesung selbst nachgedacht wird, kein Lektürekurs zu Repräsentation, in dem nicht die Frage thematisiert wird, wer darin wie repräsentiert wird. Freiräume, in denen Selbstorganisation umgesetzt werden und wie sie in vielen universitären Kämpfen gelebt werden, stellen für diese Wiederaneignung von demokratischer Partizipation und Demokratie als Haltung ein wichtiges Element dar (Narr 2004).

Universität als Ort von Demokratie als Praxis umzugestalten, erscheint mir umso dringlicher, nicht nur, da davon die Zukunft der Universitäten als Orte möglicher kritischer Freiräume abhängt, sondern auch, da sich die Prozesse der Entdemokratisierung keineswegs lediglich auf die Universitäten beschränken. Vielmehr können wir die Auswirkungen der abnehmenden Erfahrung von Demokratie als Praxis nicht zuletzt an den Reaktionen des Großteils der Bevölkerung auf die herrschaftlichen Strategien sehen, die gegenwärtige Krise zu »bewältigen«. Die Akzeptanz des Umstandes, dass die österreichischen »Bankenrettungspakete« beispielsweise in völliger Intransparenz beschlossen wurden ebenso wie die weitgehend fehlenden Proteste gegen Kürzungen im Sozialbereich als eine Konsequenz der Krise sind auch Gradmesser dafür, wie wenig die Haltung in der gegenwärtigen Gesellschaftsformation verankert ist, dass es sich um breite Partizipationsformen an gesamtgesellschaftlichen Entscheidungsprozessen zu kämpfen lohnt.

Zweitens gilt es aus kritischer Perspektive, sich in den Deutungskampf darüber, was Wissenschaft denn überhaupt ist, einzumischen und die mit der Ökonomisierung der Hochschulen einhergehende Einengung dessen, was als Wissenschaft gilt, zurückzuweisen. Denn das Credo der Effizienz übersetzt sich auch in zunehmende Kritik an Studienrichtungen und Wissenschaftszweigen, die sich – gemessen an dem ökonomischen Paradigma der Verwertbarkeit – nicht lohnen, weil sie keine den nationalen Standort fördernden Erkenntnisse hervorbringen. Gegen diese Engführung von Verwertbarkeit und Wissenschaftlichkeit muss ein Verständnis von Wissenschaft in Anschlag gebracht werden, das die Besonderheit von Wissen und Wissenschaft zum Ausgangspunkt macht. »Leistungen« in der politischen Theorie z. B. stellen sich anders her als dies durch betriebswirtschaftliche Kalküle erfasst werden kann, entziehen sich der Verwertungslogik und können auch nicht nach dem Prinzip der objektiven Wahrheit gemessen werden. Gegen dieses Wiedererstarken einer Vorstellung, dass nur das Wissenschaft ist, was objektiv, messbar und verwertbar ist, gilt es für gegenwärtige kritische, marxistische, feministische, queere-theoretische und postkoloniale Wissenschaftler_innen sich aus den alten Texten ihrer »Vorgänger_innen« mit Argumenten gegen die Verobjektivierung und Engführung von Wissenschaft zu wappnen und sich in die Kämpfe um die Produktionsbedingungen und Legitimationsfiguren von dem, was als Wissenschaft anerkannt wird, einzumischen.

Drittens schlage ich vor, Arbeitsweisen und Lebensweisen als integral verbunden zu denken und die Kritik an neoliberalen akademischen Arbeitsverhältnissen auch als Kritik an neoliberalen Lebensweisen zu formulieren. Die Ökonomisierung der

Universitäten führt nicht nur zu veränderten Arbeitsbedingungen, sondern auch zu ökonomisierten Lebensverhältnissen. Die Arbeitsbedingungen machen nicht am Ende des Arbeitstages Halt, auf uns Einfluss zu nehmen. Das Modell des Unternehmens als Leitprinzip für soziale Beziehungen ist nicht nur auf den Arbeitsplatz beschränkt, vielmehr wird es zum »Modell der Existenz selbst, eine Form der Beziehung des Individuums zu sich selbst, zur Zeit, zu seiner Umgebung, zur Zukunft, zur Gruppe, zur Familie« (Foucault 2004, 334). Die Universität ist somit nicht nur Arbeitsplatz, sondern auch ein Ort, an dem Subjektivierungsweisen vermittelt werden (vgl. dazu auch Höhne 2003).

In Anlehnung an Foucault (2004, 334ff.) begreife ich diese Übernahme neoliberaler Lebens- und Subjektivierungsweisen als entscheidend für die Ermöglichung der Neoliberalisierung von Gesellschaft insgesamt und also auch der Universitäten: Dass Subjekte sich als unternehmerische Subjekte begreifen und ihre Selbstverhältnisse und Lebensweisen mittels ökonomischer Logiken ausrichten, sich also selbstverantwortlich, risikofreudig und effizient gestalten, über lebenslanges Lernen ihr Leben permanent zu optimieren trachten, ihre Körper in Eigenverantwortung fit halten, ihre privaten Beziehungen effizient entwerfen, ihr Studium und ihre akademischen Karrieren effektiv gestalten, ist eine fundamentale Bedingung für das Möglichwerden einer »Universität als Unternehmen«. Damit möchte ich nicht die neoliberalen Veränderungen an den Hochschulen als Effekt individueller und willentlicher Entscheidungen darstellen und in deren Ausmaß minimieren. Vielmehr möchte ich sichtbar machen, dass auch die Ökonomisierung der Universitäten keine unumstößliche Naturgegebenheit ist, die den Mitarbeiter_innen und den Studierenden aufgezungen wird, sondern dass diese nur solange möglich ist, solange nicht kollektiv andere Arbeits- und Lebensweisen gesucht und versucht werden. Dies bringt mich zu meinem nächsten Punkt.

Aus einem gouvernementalitätstheoretischen Blick, der die Überlegung ernst nimmt, dass die Ökonomisierung und Entdemokratisierung der Universitäten gesellschaftliche Mikropraxen voraussetzt, in denen sich die Subjekte an der Figur des unternehmerischen Subjekts orientieren, werden Praxen der Selbstreflexion zu einem wichtigen Element, um die Universitäten als Orte kritischen Denkens und Lehrens wieder und weiterhin anzueignen. Ein ähnlicher Gedanke findet sich bei Wolf-Dieter Narr: »Die bewusste Einsicht in die Zwänge, in ihre Grade und Grenzen, kann schon eine Differenz ums Ganze ausmachen und diese Zwänge etwas gestalten. Vor allem: man kann sie mit Abstand behandeln; man muss sie nicht unmittelbar das eigene Verhalten bestimmen lassen.« (Narr 2004, 2) Ich möchte allerdings aus einer an Foucault orientierten Perspektive den Begriff des »Zwangs« im Zusammenhang der Neoliberalisierung der Universitäten relativieren. Dem möchte ich vorausschicken, dass kapitalistische Gesellschaften zweifelsfrei auch in ihrer neoliberalen Ausgestaltung immer noch darauf basieren, dass sie die Subjekte in Lohnarbeit drängen und dass die Notwendigkeit, über Geld zu verfügen, um das Überleben zu sichern, auch als Zwang interpretiert werden kann. Darüber hinaus möchte ich auch nicht in Abrede stellen, dass die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse an den Universitäten zu einer Schlechterstellung von Wissenschaftler_innen führte, die, je nach Abhängigkeit der theoretischen Brille, auch als Zunahme von Zwang beschrieben werden kann. Worum es mir aber im Folgenden geht, ist, dass das akademische unternehmerische Selbst nicht bloß als passives und unterworfenen auf »Zwänge«

oder »Strukturen« reagiert, sondern sich *auch* in diese durch selbsttätige Praxen einfügt. Hier beziehe ich mich auf die von Foucault entwickelte Annahme, dass die Figur des unternehmerischen Subjekts »regiert« wird, also über eine Machtform wirkmächtig wird, die nicht nur die Subjekte zwingt, prägt und unterwirft, sondern diese auch dazu anregt, sich über Technologien des Selbst zu bestimmten Lebensweisen zu führen. Foucault macht sehr deutlich, dass diese Technologien des Selbst nicht außerhalb von Machtverhältnissen angesiedelt sind, dass diese aber nichtsdestotrotz auf eine »Selbsttätigkeit« (Foucault 2005, 889) des Subjekts innerhalb eines Möglichkeitsfeldes verweisen. Unter dieser Voraussetzung gilt es aus einer kritischen Perspektive, in den Kampf um die Universitäten auch kollektive Praxen der Selbstreflexion zu integrieren, in denen auch die eigenen Anteile an neoliberalen akademischen Subjektivierungsweisen zugänglich(er) gemacht und Praktiken reflektiert werden können, in denen wir unternehmerische Selbstverhältnisse reproduzieren, indem wir neoliberale Versprechen auf Selbstverwirklichung oder Verführungen akademischer Anerkennungspraktiken in unsere Lebensweisen integrieren. Derartige kollektive Praktiken der Selbstreflexion würden sichtbar machen, wo wir – auch als kritische Wissenschaftler_innen und Student_innen – daran beteiligt sind, neoliberale Praktiken zu reproduzieren. Die Zukunftsperspektive der Universität als Ort kritischer Wissensproduktion hängt, so möchte ich vorschlagen, daher auch davon ab, ob es gelingt, Kritik als Haltung auf kollektive Praxen der Selbstreflexion auszuweiten.

Kollektive Praxen der Selbstreflexion, die auch widersprüchliche eigene Anteile an der Ökonomisierung und Entdemokratisierung von Universitäten deutlich machen, können jedoch nicht bei dem bloßen Erkennen der eigenen Selbsttätigkeit stehen bleiben. Als letzte Anregung für mögliche Zukunftsperspektiven für die Universität als Ort kritischer Wissensproduktion möchte ich daher für kollektive Verweigerungspraktiken hegemonialer Vorstellungen von Arbeits- und Lebensverhältnissen plädieren. Verweigerung denke ich dabei als kreativen Prozess, der hegemonialen Praxen zurückweist und das Nachdenken über neue Formen von Lehr-, Lern- und Arbeitsverhältnissen und neue Formen der Verhältnisse der Subjekte zueinander und zu sich selbst möglich macht. Hier gilt es, sich kreativ jenseits von hegemonialen Wahrnehmungshorizonten zu bewegen, das Selbstverständliche des Alltags zu entselbstverständlich und die Fragen, die im universitären Alltag viel zu selten gestellt werden, als Inspiration für Neues zu nehmen – wie dies u. a. Aktivist_innen der Akademie der bildenden Künste letzten Herbst deutlich gemacht haben: »Ist die Unterteilung in Studierende und Lehrende sinnvoll? Warum werden die einen bezahlt und die anderen nicht? (...) Warum ist Bildung nicht mehr staatliche sondern individuelle Verantwortung? Welche andere Konzepte können wir denken und umsetzen, die sich sowohl vom Staat als auch vom Individuum verabschieden? Was wird überhaupt als Bildung bzw. Wissen anerkannt?« (IRDEI 2009, 20) Zurecht weist die »Initiative for the Re-Democratisation of Educational Institutions« darauf hin, dass diese Fragen nicht nur nationalstaatlich begrenzt sind, sondern aus einer globalen Perspektive gestellt werden müssen. Verweigerung als kollektive Praxis zielt darauf ab, durch Zurückweisung hegemonialer Vorstellungen von Universität als Ort der Berufsvorbereitung im Sinne der Erhöhung der employability, des Wettlaufs um den höchsten monetären Output von Forschungsleistungen und von Wissenschaftler_innen als unternehmerischer Subjekte Räume zu eröffnen für kollektive

Kreationen von neuen Universitäten, die die Idee einer sich als politisch begreifenden Bildung mit neuen Inhalten füllt, die die Pluralität und Unvergleichbarkeit von verschiedenen Wissenschaftsverständnissen als produktives Element begreift, die Demokratie als Erfahrung in Lehr- und Lernverhältnisse denkt, die Kritik als Haltung Teil von alltäglichen Praxen ermöglicht und die sich auf die Suche begibt nach neuen Selbstverhältnissen und sozialen Beziehungen der akademischen Subjekte jenseits von unternehmerischen Logiken, Konkurrenz- und Hierarchiebeziehungen. Damit wären einige wichtige Schritte gesetzt in den Kämpfen um eine Universität, auf die sich auch weiterhin als Ort kritischer Wissensproduktion, -vermittlung und -praxen hoffen lässt.

Literatur

- Bröckling, Ulrich/ Krasmann, Susanne/ Lemke, Thomas (Hg.) (2000) *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt am Main.
- Caffentzis, George/ Federici, Silvia (2009) *Arbeit im Schatten der Kognitivität. Anmerkungen zur edu-factory und zum kognitiven Kapitalismus*. In: *kulturrisse. Zeitschrift für radikaldemokratische Kulturpolitik* (2009): *Politierte Universitäten: Revolutions(t)räume?* Wien, Ausgabe 2/2009, 10-15.
- Collins, Patricia Hill (1990) *Black Feminist Thought: Knowledge, Consciousness and the Politics of Empowerment*. New York.
- Costa, Rosa/ Mennel, Iris (2010) *Ich möchte Teil einer feministischen Bildungsbewegung sein! Bemerkungen zum Sexismus in den Studierendenprotesten in Österreich*. In: *Psychologie und Gesellschaftskritik* 4/2009.
- Engel, Antke (2002): *Wider die Eindeutigkeit. Sexualität und Geschlechter im Fokus queerer Politik der Repräsentation*. Frankfurt am Main.
- Foucault, Michel (1976) *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*. Frankfurt am Main.
- Foucault, Michel (2004) *Geschichte der Gouvernementalität II. Die Geburt der Biopolitik*. Frankfurt am Main.
- Foucault, Michel (2005) *Die Ethik der Sorge um sich als Praxis der Freiheit*. In: *ders.: Dits et Ecrits. Schriften in vier Bänden*. Hg. von Daniel Defert und Francois Ewald unter Mitarbeit von Jacques Lagrange. Band IV. Frankfurt am Main, 875-902.
- Harding, Sandra/ Hintikka, Merill B. (Hg.) (1983) *Discovering Reality: Feminist Perspectives on Epistemology, Metaphysics, Methodology, and Philosophy of Sciences*. Boston.
- Heißenberger, Stefan/ Mark, Viola/ Schramm, Susanne/ Sniesko, Peter/ Süß, Rahel Sophia (Hg.) (2010) *Uni brennt. Grundsätzliches, Kritisches, Atmosphärisches*. Wien.
- Höhne, Thomas (2003) *Pädagogik der Wissensgesellschaft*. Bielefeld.
- Holland-Cunz, Barbara (2005) *Die Regierung des Wissens. Wissenschaft, Politik und Geschlecht in der »Wissensgesellschaft«*. Opladen.
- Horkheimer, Max (1968) *Traditionelle und kritische Theorie*. In: *ders.: Kritische Theorie. Eine Dokumentation*. Frankfurt am Main, 137-200.
- IRDEI (Initiative for the Re-Democratisation of Educational Institutions) (2009) *{Praxis (von unten [einfüllen])}. Ein Gespräch zu neoliberalen Transformation und Widerstand an der Akademie der bildenden Künste Wien*. In: *kulturrisse. Zeitschrift für radikaldemokratische Kulturpolitik* (2009) *Politierte Universitäten: Revolutions(t)räume?* Wien, Ausgabe 2/2009, 20-23.
- Koschorke, Albrecht (2004) *Wissenschaftsbetrieb als Wissenschaftsvernichtung. Einführung in die Paradoxologie des deutschen Hochschulwesens*. In: *Klimich, Dorothee/ Thumfart, Alexander (Hg.) Universität ohne Zukunft*. Frankfurt am Main, 142-157.
- Kraß, Andreas (Hg.) (2003) *Queer denken. Gegen die Ordnung der Sexualität*. Frankfurt am Main.
- kulturrisse. Zeitschrift für radikaldemokratische Kulturpolitik* (2008) *Wissensproduktion und Widerstand*. Wien, Ausgabe 2/2008.

- Kurswechsel (2005) Berufsgeheimnisse der WirtschaftsexpertInnen. Produktionsbedingungen ökonomischen Wissens, Heft 4.
- Marx, Karl (1990) Zur Kritik der Politischen Ökonomie. In: MEW Marx-Engels-Werke, Bd. 13, Berlin.
- Narr, Wolf-Dieter (2004) Studienordnungen als Erziehungsinstrument. In: Forum Wissenschaft 3/2004.
- Raunig, Gerald (2009) edu-factory. Zerstreuung und Konzentration in den Fabriken der Wissensproduktion. In: kulturrisse. Zeitschrift für radikaldemokratische Kulturpolitik (2009) Politisierte Universitäten: Revolutions(t)räume? Wien, Ausgabe 2/2009, 8-9.
- Singer, Mona (2004) Feministische Wissenschaftskritik und Epistemologie: Voraussetzungen, Positionen, Perspektiven. In: Becker, Ruth/ Kortendiek, Beate (Hg.) Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. Wiesbaden. 257-266.
- Spivak, G. Chakravorty (1988) In other Words. Essay in Cultural Politics. London/New York.
- Yekani, Elahe Haschemi/ Michaelis, Beatrix (Hg.) (2005) Quer durch die Geisteswissenschaften. Perspektiven der Queer Theory. Berlin.

Anmerkung

- 1 Dass diese Bewegung allerdings teilweise reaktionäre und anti-emanzipatorische Kräfte enthielt, machen Rosa Costa und Iris Mennel in ihrer Auseinandersetzung mit der uni-brennt-Bewegung an der Universität Wien im Herbst 2009 deutlich, in der sie die anti-feministischen Vorkommnisse während der Audimax-Besetzung reflektieren. Costa und Mennel zeigen auf, wie begrenzt Student_innenbewegungen bleiben müssen, wenn sie feministische Anliegen nicht als Prämisse, sondern als partikular begreifen (vgl. dazu Costa/Mennel 2010).